



Geschäftsführung Rat

Frau Kramp

Telefon: (0221) 221-22061

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: petra.kramp@stadt-koeln.de

Datum: 10.04.2013

Niederschrift

über die **41. Sitzung des Rates** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem **19.03.2013**, 15:46 Uhr bis 20:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder

Albach, Rolf Dr.; Bacher, Götz; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk; Böllinger, Werner; Börschel, Martin; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Ensmann, Bernhard; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Gey, Herbert; Gordes, Birgit; Görzel, Volker; Granitzka, Winrich; Halberstadt-Kausch, Inge; Heinen, Ralf Dr.; Helling, Ossi Werner; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Herbers-Rauhut, Cornelia Dr.; Hoffmann, Klaus; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Jung, Helmut; Kara, Efan; Karaman, Malik; Kaske, Axel; Kienitz, Niklas; Kirchmeyer, Christtraut; Klipper, Karl-Jürgen; Koch, Jürgen; Köhler, Andreas; Koke, Klaus; Kretschmer, Karsten; Kron, Peter; Laufenberg, Sylvia; Ludwig, Claus; Manderla, Gisela; Marx, Werner; Möller, Monika; Möller von, Sandra Dr.; Möring, Karsten; Moritz, Barbara; Mucuk, Gonca; Müller, Sabine Dr.; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Paffen, Dagmar; Peil, Stefan; Philippi, Franz; Reinhardt, Kirsten; Richter, Manfred; Santos Herrmann, Susana dos; Schiele, Karel; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schlitt, Gabriele; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schöppe, Bernd; Schultes, Monika; Schulz, Walter Dr.; Spizig, Angela Bürgermeisterin; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Tempel, Lutz; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tull, Bettina; Uckermann, Jörg; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; Waddey, Manfred; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Wiener, Markus; Wolf, Manfred Bürgermeister; Wolter, Andreas; Wolter, Judith; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister

Homann, Mike

Verwaltung

Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Fenske, Jürgen; Mooren, Peter

Schriftführerin

Frau Kramp

Stenografen

Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Bosbach, Wolfgang

Bezirksbürgermeisterin

Blömer-Frerker, Helga; Wittsack-Junge, Cornelia

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas; Wirges, Josef; Schößler, Bernd; Stadoll, Willi; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus

Verwaltung

Quander, Georg Beigeordneter Prof.; Steinkamp, Dieter Dr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

Ratsmitglied Wiener beantragt eine Sitzungsunterbrechung. Wegen Demonstrationen vor dem Rathaus sei es Mitgliedern seiner Fraktion nicht möglich gewesen, Zugang zum Rathaus zu erhalten.

Der Oberbürgermeister unterbricht daraufhin um 15.48 Uhr die Sitzung, die er um 15.54 Uhr erneut eröffnet.

- I. Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters bestellt der Rat für die restliche Dauer der Wahlperiode des Rates 2009 bis 2014 Frau Jennifer Willms zur weiteren stellvertretenden Schriftführerin.
- II. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Herrn Schneider, Herrn van Benthem und Herrn Helling vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

- III. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion fristgerecht einen Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Schneechaos auf Kölner Straßen trotz Schneesteuer" vorgelegt habe. Die Angelegenheit sei als Punkt 1.1 in die Tagesordnung aufgenommen worden.

Der Rat erklärt sich auf Vorschlag des Oberbürgermeisters damit einverstanden, dass für eventuell zu klärende Fragen der Geschäftsführer der AWB, Herr Mooren, an der Sitzung teilnimmt.

- IV. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der
- 4.3 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Sachstand beim ehemaligen Hertie – Kaufhaus in Porz"
AN/0355/2013
- 4.4 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann betreffend "Neuordnung des Kölner Sports"
AN/0364/2013
- 4.5 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Künstlerprojekt Kolbhallen in Ehrenfeld"
AN/0371/2013
- 6 Ortsrecht
- 6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen
- 6.3.1 1. Änderungsverordnung zur 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2013 vom 20.09.2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen
0877/2013
- 6.4 Sonstige städtische Regelungen
- 6.4.1 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
0873/2013
- 17 Wahlen
- 17.4 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Benennung einer sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Kunst und Kultur
AN/0370/2013
- 17.5 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Gremienbesetzung
AN/0374/2013

- 17.6 Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat der GAG Immobilien AG
0936/2013
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3
der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 18.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss: Beauftragung einer externen Projektsteuerung
für das Bauvorhaben Archäologische Zone mit Jüdischem Museum
0709/2013

Absetzungen:

- 10 Allgemeine Vorlagen
- 10.1 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8
Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012 bei der
Finanzstelle 0000-1202-0-0001, Beschaffung beweglichen Anlagevermö-
gens.
2501/2012
- 10.8 Grüngürtel: Impuls 2012
4300/2012
- 10.11 Abriss und Neubau einer Grundschule, Fühlinger Weg 7, 50765 Köln-
Volkhoven/Weiler
Baubeschluss
2967/2012
- 10.16 Neuabschluss eines Wegenutzungsvertrags Gas (Gas-Konzessionsvertrag) mit
der GVG Rhein-Erft
0388/2013

V. Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Punkte

- 6.3.1 1. Änderungsverordnung zur 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2013
vom 20.09.2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen
0877/2013
- 16.1 Kommunalaufsichtliche Beanstandung/Ratsbeschluss 14.09.2010 " Verzicht auf
die Erhebung von Straßenbaubeiträgen (Südlicher Abschnitt Severinstraße)"
0454/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0289/2013

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0372/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0377/2013

und

- 16.2 228. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3766/2012

unter dem Punkt 6.3.1 gemeinsam zu behandeln.

VI. Ratsmitglied Frank beantragt TOP

- 3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Vermögenssteuer jetzt!"
AN/0337/2013

zur weiteren Beratung in den Ausschuss Anregungen und Beschwerden zu verweisen. Zu diesem Thema liege bereits ein wortgleicher Antrag einer Initiatorengruppe vor. Die beiden Angelegenheiten könnten dort gemeinsam erörtert werden.

Nachdem sich Ratsmitglied Ludwig im Namen seiner Fraktion dagegen ausgesprochen hat, beschließt der Rat mehrheitlich - mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Hoffmann (Freie Wähler Köln) und bei Enthaltung der Fraktion pro Köln - die Angelegenheit zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden zu verweisen.

VII. Des Weiteren beantragt Ratsmitglied Frank unter dem neuen Punkt 10.0 (in der Tagesordnung aus Zuordnungsgründen als Punkt 10.17 ausgewiesen) eine Aussprache zu den Grundsätzen für die Werbung im öffentlichen Raum im Zusammenhang mit dem Werbenutzungsvertrag (siehe Punkt 24.6) aufzunehmen.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

VIII. Den Antrag von Ratsmitglied Wiener, die Punkte

- 3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Migration aus den EU-Mitgliedsstaaten Südosteuropas - Resolution an die Bundesregierung"
AN/0338/2013

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde)

AN/0378/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0380/2013

und

- 3.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Maßnahmen zur Verhinderung von weiterem Zuzug in das Stadtgebiet von Köln"
AN/0292/2013

wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam zu behandeln, lehnt der Rat mehrheitlich ab.

- IX. Der Rat stimmt der so geänderten Tagesordnung mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Stimme von Ratsmitglied Hoffmann (Freie Wähler Köln) zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführerin für den Rat
0681/2013
- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Schneechaos auf Kölner Straßen trotz Schneesteuer"
AN/0369/2013
- 2 Annahme von Schenkungen / Vermächnissen / Erbschaften
- 2.1 Trimm-Dich-Pfad am Decksteiner Weiher
hier: Annahme einer Schenkung durch die Kölner Grün Stiftung in Höhe von 57.000 €
4262/2012
- 2.2 Schenkungen zur Ergänzung des Ratssilbers
0661/2013
- 3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen
- 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Migration aus den EU-Mitgliedsstaaten Südosteuropas - Resolution an die Bundesregierung"
AN/0338/2013
- Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann
(Deine Freunde)
AN/0378/2013
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0380/2013
- 3.1.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Reduzierung der Stromkosten der Stadt Köln durch eine Einkaufsgemeinschaft mit der KVB"
AN/0291/2013

- 3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Vermögenssteuer jetzt!"
AN/0337/2013
- 3.1.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Professionelles Baustellenmanagement gegen den Verkehrsinfarkt in Köln!"
AN/0297/2013
- 3.1.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Bewährte Ladenöffnungszeiten erhalten – Rat unterstützt Vorschlag des Oberbürgermeisters Jürgen Roters zum Erhalt liberaler Sonntagsöffnung in Einzelhandel"
AN/0334/2013
- 3.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Maßnahmen zur Verhinderung von weiterem Zuzug in das Stadtgebiet von Köln"
AN/0292/2013
- 3.1.7 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Deutsch als Amts- und Arbeitssprache für die Verwaltung der Stadt Köln in der Hauptsatzung festschreiben"
AN/0293/2013
- 3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Kommunale Daseinsvorsorge sichern: Wasser ist keine Handelsware!"
AN/0326/2013
- 3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kostensteigerungen bei Großprojekten"
AN/0294/2013
- 4.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Sachstand: Transparente Darstellung städtischer Leistungen und Gebühren"
AN/0349/2013
- Antwort der Verwaltung vom 19.03.2013
0982/2013
- 4.3 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Sachstand beim ehemaligen Hertie – Kaufhaus in Porz"
AN/0355/2013
- Antwort der Verwaltung vom 13.03.2013
0899/2013
- 4.4 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann betreffend "Neuordnung des Kölner Sports"
AN/0364/2013
- Antwort der Verwaltung vom 19.03.2013
0974/2013

- 4.5 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Künstlerprojekt Kolbhallen in Ehrenfeld"
AN/0371/2013

Antwort der Verwaltung vom 19.03.2013
1001/2013
- 5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen
 - 5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 6 Ortsrecht
 - 6.1 Satzungen
 - 6.1.1 11. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
0054/2013
 - 6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches
 - 6.2.1 Honorarordnung der Volkshochschule Köln
3493/2012
 - 6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen
 - 6.3.1 1. Änderungsverordnung zur 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2013 vom
20.09.2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen
0877/2013
 - 6.4 Sonstige städtische Regelungen
 - 6.4.1 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
0873/2013
- 7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2012 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2012
0829/2013
- 8 Überplanmäßige Aufwendungen
- 9 Außerplanmäßige Aufwendungen
- 10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012 bei der Finanzstelle 0000-1202-0-0001, Beschaffung beweglichen Anlagevermögens.
2501/2012
(zurückgezogen)
- 10.2 Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Köln, Löschgruppe Dellbrück, mit angeschlossener Rettungswache am Standort Urnenstraße 7.
hier: Baubeschluss
3825/2012
- 10.3 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Externe Bauwerksprüfung der unterirdischen Stadtbahnanlage und Hochbahn nach DIN 1076
4573/2012
- 10.4 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz
0419/2013
- 10.5 Wirtschaftsplan 2013 für die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
0459/2013
- 10.6 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2011 - 31.12.2011 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln
0399/2013
- 10.7 Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/Messe
hier: Planungsbeschluss für die Erneuerung der Fliesen
0637/2012
- 10.8 Grüngürtel: Impuls 2012
4300/2012
(zurückgezogen)
- 10.9 Personalgestellung für die Überwachung Tunnel Grenzstraße in der provisorischen Tunnelleitstelle
0549/2013
- 10.10 AWB GmbH & Co. KG / Übernahme einer Ausfallbürgschaft durch die Stadt Köln
0626/2013
- 10.11 Abriss und Neubau einer Grundschule, Fühlinger Weg 7, 50765 Köln-Volkhoven/Weiler
Baubeschluss
2967/2012
(zurückgezogen)
- 10.12 Sanierung und Umfeldgestaltung des VHS-Studienhauses am Neumarkt, Josef-Haubrich-Hof 2, 50676 Köln
Baubeschluss
0455/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0384/2013

- 10.13 Betreuung und Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der offenen Ganztagsgrundschule Am Rosenmaar
4312/2012
- 10.14 Besetzung des Unterausschusses Ganztage
0355/2013
- 10.15 Übernahme von Ausfallbürgschaften zugunsten der Kölner Sportstätten GmbH
0435/2013
- 10.16 Neuabschluss eines Wegenutzungsvertrags Gas (Gas-Konzessionsvertrag) mit der GVG Rhein-Erft
0388/2013
(zurückgezogen)
- 10.17 Werbung im öffentlichen Raum
hier: Öffentliche Aussprache im Zusammenhang mit dem Abschluss des Werbenutzungsvertrages
- 11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes
- 11.1 190. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Porz
Arbeitstitel: Schulstandort an der Berliner Straße in Köln-Porz-Westhoven
hier: Feststellungsbeschluss
0475/2013
- 12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen
- 12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 58480/03
Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (neu) in Köln-Widdersdorf, 3. Änderung "Erste Planungsstufe"
0493/2013
- 12.2 Beschluss über die Aufstellung und Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7248/02
Arbeitstitel: Bergisch Gladbacher Straße/Steyley Straße in Köln-Holweide
4576/2012
- 12.3 Beschluss über die Aufstellung und Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7047/02
Arbeitstitel: Bezirkszentrum Wiener Platz/Frankfurter Straße in Köln-Mülheim
4594/2012
- 12.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 72377/03
Arbeitstitel: Heidelweg in Köln-Sürth
0314/2013

- 13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen
 - 13.1 Aufhebung des Durchführungsplanes 70482/02 (7048 Sc 4/02)
 - Satzungsbeschluss -
 - Arbeitstitel: Adamsstraße in Köln-Mülheim
 - 0339/2013
 - 13.2 Aufhebung des Bebauungsplanes 70481/03 (7048 Sc 3/03)
 - Satzungsbeschluss -
 - Arbeitstitel: Regentenstraße in Köln-Mülheim
 - 0351/2013
 - 13.3 Aufhebung des Durchführungsplanes 70479/07 (7046 Na/07)
 - Satzungsbeschluss -
 - Arbeitstitel: Biegerstraße in Köln-Mülheim
 - 0354/2013
 - 13.4 Teilaufhebung des Bebauungsplanes 71481/04
 - Satzungsbeschluss -
 - Arbeitstitel: Mündelstraße in Köln-Mülheim
 - 0365/2013
 - 13.5 Teilaufhebung des Bebauungsplanes 71470/06 (7046 Nd/06)
 - Satzungsbeschluss -
 - Arbeitstitel: Arnsberger Straße in Köln-Buchheim
 - 0375/2013
- 14 Erlass von Veränderungssperren
 - 14.1 Satzung über eine zweite Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Süd, Köln-Sülz
 - Arbeitstitel: Eifelwall in Köln-Neustadt/Süd; Köln-Sülz
 - 0303/2013
- 15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen
- 16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen
 - 16.1 Kommunalaufsichtliche Beanstandung/Ratsbeschluss 14.09.2010 " Verzicht auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen (Südlicher Abschnitt Severinstraße)"
 - 0454/2013
 - Änderungsantrag der FDP-Fraktion
 - AN/0289/2013
 - Änderungsantrag der CDU-Fraktion
 - AN/0372/2013
 - Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - AN/0377/2013

- 16.2 228. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3766/2012
- 16.3 230. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4641/2012
- 17 Wahlen
- 17.1 Wahl eines sachkundigen Einwohners und einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Soziales und Senioren
0309/2013
- 17.2 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
0407/2013
- 17.3 Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohner den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
0441/2013
- 17.4 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Benennung einer sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Kunst und Kultur
AN/0370/2013
- 17.5 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Gremienbesetzung
AN/0374/2013
- 17.6 Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat der GAG Immobilien AG
0936/2013
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 18.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss: Beauftragung einer externen Projektsteuerung für das Bauvorhaben Archäologische Zone mit Jüdischem Museum
0709/2013
- 19 -

II. Nichtöffentlicher Teil

- 20 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften
- 21 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 23 Grundstücksangelegenheiten
- 23.1 Verkauf einer Teilfläche des Grundstücks Schillingsrotter Str. 36 in Köln-Rodenkirchen
4308/2012
- 23.2 Grundstücksgeschäft Düsseldorfer Straße 44 - 46, Verkauf
0494/2013
- 23.3 Grundstücksgeschäft Keupstraße 116, Verkauf
0525/2013
- 24 Allgemeine Vorlagen
- 24.1 Einleitung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 25 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) -Paket 6-
0364/2013
- 24.2 Einleitung eines Vergabeverfahrens (GE Im Weidenbruch 214)
0376/2013
- 24.3 Abberufung einer Prüferin und eines Prüfers des Rechnungsprüfungsamtes
0390/2013
- 24.4 Erhöhung des Veranstaltungstarifs in der Parkeinrichtung Lanxessarena in Köln-Deutz
0614/2013
- 24.5 Migration des BS2000-Verfahrens "AKDN sozial" (wirtschaftliche Sozialhilfe) auf Linux
4096/2012
- Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0375/2013
- 24.6 Werbenutzungsvertrag
3635/2012
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0388/2013
- Stellungnahme der Verwaltung vom 15.03.2013
0953/2013
- 24.7 RheinEnergie AG
0703/2013
- 24.8 RheinEnergie AG
0712/2013
- 25 Wahlen

26 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführerin für den Rat 0681/2013

Beschluss:

Der Rat bestellt für die restliche Dauer der Wahlperiode des Rates 2009 bis 2014 Frau Jennifer Willms zur weiteren stellvertretenden Schriftführerin.

Die Bestellung von Frau Daniela Hoffmann zur stellvertretenden Schriftführerin wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde vorgezogen und bereits vor Eintritt in die Tagesordnung behandelt.

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Schneechaos auf Kölner Straßen trotz Schneesteuer" AN/0369/2013**

Beschluss:

Nach der Aussprache, beschließt der Rat gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe c) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, die Sache zur weiteren Beratung an den zuständigen Fachausschuss, d. h. den Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln, zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Welcker trifft zur Sitzung ein.

- 2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften**

2.1 Trimm-Dich-Pfad am Decksteiner Weiher
hier: Annahme einer Schenkung durch die Kölner Grün Stiftung in Höhe von
57.000 €
4262/2012

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkung eines modernen Trimm-Dich-Pfads am Decksteiner Weiher in Köln-Sülz durch die Kölner Grün Stiftung in Höhe von 57.000 € dankend an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2.2 Schenkungen zur Ergänzung des Ratssilbers
0661/2013

Beschluss:

Der Rat bedankt sich bei

Herrn Helmut Haumann,
Herrn Klaus Dohle,
Herrn Ralph Günther, Corpus Sireo,
Herrn Ralph Sterck, MdR,
Herrn Christoph Beumer, KPMG,
Herrn Dipl.-Ing. Rudolf van Megen und
Herrn Uwe Brüggemann

Für die Stiftung jeweils eines Brottellers (im Wert von 975,- EUR).

Der Rat nimmt die Schenkungen als Ergänzung des Ratssilbers mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Schöppe trifft zur Sitzung ein.

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Migration aus den EU-Mitgliedsstaaten Südosteuropas - Resolution an die Bundesregierung"
AN/0338/2013**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde)
AN/0378/2013**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0380/2013**

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde):

Der Rat möge folgende Resolution beschließen:

Resolution

Zur Zeit findet bundesweit eine beschämende Diskussion über die Zuwanderung von Menschen aus Bulgarien und Rumänien statt. Der Bundesinnenminister fällt mit unangenehmen Stammtischparolen wie „absahnen“ und „sozialer Hängematte“ aus dem Rahmen. Rechtsextreme Kräfte nehmen das zum Anlass ihre menschenverachtenden Parolen zu verstärken und flößen z.B. mit Hetzveranstaltungen vor Flüchtlingsheimen in NRW den Menschen Angst ein.

Bulgarien und Rumänien sind Mitglieder der Europäischen Union. Wir begrüßen die bald eintretende uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU. Der daraus resultierende Zugang stellt für Köln einen Gewinn dar. Der Rat der Stadt Köln bekennt sich zu seiner Verpflichtung jedem Menschen – unabhängig von seiner Herkunft – seine Rechte zu gewähren, das gleiche Wohlwollen und Notleidenden die gleiche Unterstützung zu kommen zu lassen. Dazu etablieren alle öffentlichen Akteure eine Kultur des Willkommens und ergreifen Maßnahmen, die Konflikte zwischen der etablierten Bevölkerung und den neuen Kölnerinnen und Kölnern gar nicht erst aufkommen lassen.

Es ist die Aufgabe der Europäischen Union in all ihren Mitgliedsstaaten auf die Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere den Schutz vor Diskriminierung und Verfolgung hinzuwirken, sowie für gleiche humanitäre, soziale und wirtschaftliche Rechte zu sorgen. Erst wenn diese Ziele erreicht sind, kann von einer wahren Freizügigkeit gesprochen werden. Migrationsbewegungen, die allein aufgrund von Verfolgung und Armut entstehen, können nicht als einen freiwilligen Wechsel des Wohnortes verstanden werden. Denn Freizügigkeit beinhaltet auch das Recht, sie nicht in Gebrauch nehmen zu müssen.

Der Rat fordert:

- die Bundesregierung auf, von allen Restriktionen gegen Menschen aus Bulgarien und Rumänien abzusehen. Sie wären diskriminierend. Sie soll gemeinsam mit den Kommunen und Ländern daran arbeiten, dass Hilfs-, Beratungs- und Integrationsangebote bereitgestellt werden. Dazu muss die Bundesregierung finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen. Es darf nicht sein, dass Menschen mit ungesicherten Arbeitsverhältnissen, zu Billiglöhnen und unter katastrophalen Wohnbedingungen leben müssen.

- die Landesregierung auf, schulische Maßnahmen weiter zu entwickeln, die geeignet sind, die Bildungschancen der zugezogenen Kinder und Jugendlichen zu verbessern und sie zu einem Schulabschluss hinzuführen.
- die Kölner Stadtverwaltung auf, ausreichenden Wohnraum zu schaffen, damit auch kurzfristig Menschen untergebracht werden können. Ausreichende Integrationsangebote müssen entwickelt werden und die finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Das Sozialdezernat erhält zusätzliche Mittel im Rahmen der Haushaltsberatungen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und gegen die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Hoffmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

II. Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Ursprungsantrag soll durch folgende Resolution ersetzt werden:

Resolution:

Der Rat der Stadt Köln bekennt sich zu den Integrationsleistungen der Europäischen Union. Städte wie Köln haben von ihnen profitiert und gleichzeitig auch selbst viel dazu beigetragen, um die Menschen aus anderen Staaten in unser Gemeinwesen vor Ort dauerhaft zu integrieren.

Seit 2007 steht es Bürgerinnen und Bürger aus den südosteuropäischen Staaten Rumänien und Bulgarien frei, ihren Aufenthaltsort innerhalb der EU zu wählen. Ab 01.01.2014 wird für sie die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit in Kraft treten.

Dies stellt die davon besonders betroffenen Städte schon jetzt vor außergewöhnliche Herausforderungen, die sie aus eigener Kraft nicht bewältigen können.

Der Rat appelliert daher eindringlich an die Bundesregierung, seitens der Europäischen Union Maßnahmen und Hilfen zu verstärken, um in den Herkunftsländern humanitäre, soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Lebenssituation vor Ort verbessern und ethnischer Diskriminierung entgegenwirken. Eine aus struktureller Not entstehende Migration lässt sich nur vermindern, wenn die Menschen bessere Lebensperspektiven in ihren Herkunftsländern vorfinden.

Um diese Aufgabe zu bewältigen, ist ein enges Zusammenwirken von Bund, Ländern, der europäischen Ebenen sowie weiteren relevanten Akteuren notwendig. Kurzfristig muss zur Sicherung der sozialen Balance ein Sofortprogramm für die Kommunen aufgelegt werden, um die Städte, die besonders von dem Zuzug betroffen sind, mit zusätzlichen Ressourcen zu unterstützen.

Wir erwarten von der Bundesregierung und unterstützen sie im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten dabei, dass sie auf der Ebene der Europäischen Union Maßnahmen entwickelt und den politischen Druck erhöht, um diese Ziele auch zu erreichen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Hoffmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

III. Gesamtabstimmung:

Resolution:

Der Rat der Stadt Köln bekennt sich zu den Integrationsleistungen der Europäischen Union. Städte wie Köln haben von ihnen profitiert und gleichzeitig auch selbst viel dazu beigetragen, um die Menschen aus anderen Staaten in unser Gemeinwesen vor Ort dauerhaft zu integrieren.

Seit 2007 steht es Bürgerinnen und Bürger aus den südosteuropäischen Staaten Rumänien und Bulgarien frei, ihren Aufenthaltsort innerhalb der EU zu wählen. Ab 01.01.2014 wird für sie die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit in Kraft treten.

Dies stellt die davon besonders betroffenen Städte schon jetzt vor außergewöhnliche Herausforderungen, die sie aus eigener Kraft nicht bewältigen können.

Der Rat appelliert daher eindringlich an die Bundesregierung, seitens der Europäischen Union Maßnahmen und Hilfen zu verstärken, um in den Herkunftsländern humanitäre, soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Lebenssituation vor Ort verbessern und ethnischer Diskriminierung entgegenwirken. Eine aus struktureller Not entstehende Migration lässt sich nur vermindern, wenn die Menschen bessere Lebensperspektiven in ihren Herkunftsländern vorfinden.

Um diese Aufgabe zu bewältigen, ist ein enges Zusammenwirken von Bund, Ländern, der europäischen Ebenen sowie weiteren relevanten Akteuren notwendig. Kurzfristig muss zur Sicherung der sozialen Balance ein Sofortprogramm für die Kommunen aufgelegt werden, um die Städte, die besonders von dem Zuzug betroffen sind, mit zusätzlichen Ressourcen zu unterstützen.

Wir erwarten von der Bundesregierung und unterstützen sie im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten dabei, dass sie auf der Ebene der Europäischen Union Maßnahmen entwickelt und den politischen Druck erhöht, um diese Ziele auch zu erreichen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Hoffmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Peil nimmt an der Beratung und der Abstimmung nicht teil

**3.1.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Reduzierung der Stromkosten der Stadt Köln durch eine Einkaufsgemeinschaft mit der KVB"
AN/0291/2013**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat eine Beschlussfassung zur erarbeiten, welche die Stromkosten der Stadt Köln durch eine Einkaufsgemeinschaft mit der KVB signifikant, mindestens aber um die Höhe der EEG-Umlage senkt.

Die Aufsichtsratsmitglieder werden angewiesen dem Anliegen im Sinne des Antrags zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – **abgelehnt**.

Anmerkung:

Ratsmitglied Peil nimmt an der Beratung und der Abstimmung nicht teil

**3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Vermögenssteuer jetzt!"
AN/0337/2013**

Diese Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden verwiesen (siehe hierzu auch Ziffer VI – Seite 5).

**3.1.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Professionelles Baustellenmanagement gegen den Verkehrsinfarkt in Köln!"
AN/0297/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Verwaltung auf, dem zuständigen Verkehrsausschuss bis zu den Sommerferien 2013 ein schlüssiges Konzept für ein professionelles Baustellenmanagement vorzulegen. Dabei soll nicht nur die Abstimmung einzelner Projekte verbessert werden, sondern auch die Frage der Verkürzung der Bauzeit und die Reduzierung der Belastung für die betroffenen Verkehrsteilnehmer vom Fußgänger über den Radfahrer sowie den Autofahrer bis hin zum Benutzer des öffentlichen Personennahverkehrs. Positive Erfahrungen aus anderen Städten wie z.B. das Baustellenmarketing in Saarbrücken sind bei den Überlegungen mit zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion sowie der Fraktion pro Köln - bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Hoffmann (Freie Wähler Köln) - **abgelehnt**.

**3.1.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Bewährte Ladenöffnungszeiten erhalten – Rat unterstützt Vorschlag des Oberbürgermeisters Jürgen Roters zum Erhalt liberaler Sonntagsöffnung in Einzelhandel"
AN/0334/2013**

Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln unterstützt Oberbürgermeister Jürgen Roters in seiner Forderung an das Land, den Gesetzentwurf für das Ladenöffnungsgesetz NRW zu ändern und bei der ursprünglich angedachten Höchstzahl von 15 Sonn- und Feiertagen für mögliche Verkaufsstellenöffnungen zu bleiben. Dies würde zu einer Entzerrung der einzelnen Veranstaltungen führen und damit die allgemeine Sonn- und Feiertagsruhe in einer Großstadt nachhaltiger sichern. Eine liberalere Regelung bei der Anzahl der Öffnungstage an Sonn- und Feiertagen würde auch die Bedeutung der einzelnen Vororte als Nahversorgungszentren stärken und käme dem Leitsatz des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes deutlich näher.
2. Alternativ wird das Land aufgefordert, die Größe der jeweiligen Kommune bei der Festlegung der Höchstzahl zu berücksichtigen und eine daran angepasste Staffelung der Höchstzahl zwischen 10 und 15 Sonn- und Feiertage vorzusehen.
3. Der Oberbürgermeister wird gebeten, den ihn unterstützenden Ratsbeschluss in dieser Sache unverzüglich dem Land zukommen zu lassen, damit er in die Beratungen zur Novellierung des Ladenöffnungsgesetzes NRW mit einfließen kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Hoffmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

**3.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Maßnahmen zur Verhinderung von weiterem Zuzug in das Stadtgebiet von Köln"
AN/0292/2013**

Beschluss:

Der Rat beauftragt den Oberbürgermeister Jürgen Roters beim Minister des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen, Ralf Jäger, mit der Zielsetzung vorstellig zu werden, dass die weitere Zuweisung von Asylbewerbern an die Stadt Köln zukünftig unterbleibt und das Land NRW sich für eine Verschiebung der Freizügigkeitsregelung für Rumänen und Bulgaren einsetzt.

Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen und falls erforderlich dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen, die geeignet sind, bei potentiell interessierten Armutsflüchtlern und Scheinasylanten den Standort Köln als unattraktiv erscheinen zu lassen. Als Maßnahmen kommen hierfür in Frage:

- Zeitungsinserte in Balkanländern

- Informationskampagne über fehlende Unterbringungsmöglichkeiten und den allgemeinen Wohnungsmangel in der Stadt Köln, die von lokalen Agenturen ausgearbeitet und verbreitet werden
- Künftig nur noch Sachleistungen für Asylbewerber
- Aufklärungskampagnen in Zusammenarbeiten mit Städtepartnerschaftsvereinen, die darüber aufklären, dass ausschließlich Sachleistungen für Asylbewerber in Köln gewährt werden
- Einschränkung der ausufernden Duldungspraxis bei eigentlich abgelehnten Asylbewerbern durch geänderte Praxis beim Ermessensspielraum der zuständigen Beamten
- Rasche Um- und Durchsetzung von Abschiebungen
- Generell keine Unterbringung von Asylbewerbern in Sozialwohnungen
- Konsequente Umsetzung des Dublin-II-Abkommens
- Sanktionsmaßnahmen bei störendem Verhalten der Nachbarschaft gegenüber (Tagesunterbringung)
- Strikte Anwendung der Residenzpflicht

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – **abgelehnt**.

Anmerkungen:

- Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes übernimmt die Leitung der Sitzung.
- Ratsmitglied Judith Wolter verlässt die Sitzung endgültig.

3.1.7 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Deutsch als Amts- und Arbeitssprache für die Verwaltung der Stadt Köln in der Hauptsatzung festschreiben" AN/0293/2013

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat eine geänderte Fassung der Hauptsatzung als Beschlussfassung vorzulegen, in der an prominenter Stelle zum Ausdruck gebracht wird, dass die ausschließliche Amts- und Arbeitssprache im Dienstgebrauch in Verwaltungsgebäuden der Stadt Köln Deutsch ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – **abgelehnt**.

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Kommunale Daseinsvorsorge sichern: Wasser ist keine Handelsware!" AN/0326/2013

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge folgende Resolution beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln bekennt sich dazu, dass Wasser ein Naturgut ist, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss. Der Zugang zu Wasser ist ein Menschenrecht. Wasser kann deshalb keine übliche Handelsware sein.
2. Der Rat der Stadt Köln beobachtet mit Sorge, dass es im Zuge der Verhandlungen auf europäischer Ebene bisher nicht gelungen ist, die kommunale Wasserversorgung dauerhaft aus dem Anwendungsbereich der geplanten EU-Richtlinie herauszunehmen.
3. Der Rat der Stadt Köln fordert, dass die Gestaltungshoheit und der Handlungsspielraum der Kommunen zur Vergabe und Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge nicht durch europäische Wettbewerbsregelungen unangemessen eingeschränkt werden dürfen, da die sichere Bereitstellung von sauberem und bezahlbarem Trinkwasser eine herausragende Bedeutung für das Wohl der Allgemeinheit hat. Einer Privatisierung des Wassersektors, die die Wasserversorgung allein den Regeln des Marktes unterwirft und dem kommunalen Aufgabenbereich der Daseinsvorsorge entzieht, ist im Interesse des Allgemeinwohls und des Ressourcenschutzes daher entgegenzutreten.
4. Der Rat der Stadt Köln begrüßt grundsätzlich die jüngst von EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier vorgeschlagene Beschränkung des Anwendungsbereichs bei Wasserkonzessionen. Trotz dieser Änderungsvorschläge besteht weiterhin die Möglichkeit einer schrittweisen, graduellen oder konditionalen Öffnung und Privatisierung des Wassersektors, welche allein durch die komplette Ausnahme jenes Sektors von der Ausschreibungspflicht auszuschließen sind.
5. Der Rat der Stadt Köln fordert daher, dass die Wasserversorgung nicht den Binnenmarktregelungen zu unterwerfen sind.
6. Der Rat der Stadt Köln bittet den Oberbürgermeister, sich im Rahmen der Mitarbeit beim deutschen Städtetag bei der Bundesregierung und auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass es im Rahmen der EU-Konzessionsrichtlinie zu keinerlei Liberalisierungs- und Privatisierungstendenzen bei der öffentlichen Trinkwasserversorgung in der EU kommt und dass der Vorschlag der EU-Kommission für eine Konzessionsrichtlinie insoweit zurückgenommen oder entsprechend geändert wird.
7. Der Rat der Stadt Köln verweist darauf, dass die Wasserversorgung ein Kernstück der kommunalen Daseinsvorsorge ist. Diese bewährten Strukturen gilt es im Interesse von Umwelt, Bürgerinnen und Bürgern und kommunaler Selbstverwaltung zu bewahren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – **abgelehnt**.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kostensteigerungen bei Großprojekten"
AN/0294/2013**

Die Beantwortung der Anfrage wird bis zur kommenden Sitzung des Rates - am 30.04.2013 - zurückgestellt.

**4.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Sachstand: Transparente Darstellung städtischer Leistungen und Gebühren"
AN/0349/2013**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Stadtkämmerin Klug beantwortet die Nachfragen der Ratsmitglieder Hollstein und Möring.

**4.3 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Sachstand beim ehemaligen Hertie – Kaufhaus in Porz"
AN/0355/2013**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

**4.4 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann betreffend "Neuordnung des Kölner Sports"
AN/0364/2013**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Beigeordnete Dr. Klein beantwortet die Nachfrage von Ratsmitglied Hoffmann.

**4.5 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Künstlerprojekt Kolbhallen in Ehrenfeld"
AN/0371/2013**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Frau Beigeordnete Berg beantwortet die Nachfragen von Ratsmitglied Detjen.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

- 5.1 **Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 5.2 **Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 5.3 **Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 5.4 **Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 11. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 0054/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die 11. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Honorarordnung der Volkshochschule Köln 3493/2012

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung aus seiner Sitzung am 04.03.2013:

Der Rat beschließt die Honorarordnung für die Volkshochschule Köln in der als Anlage 1 dieser Vorlage beigefügten Fassung. Nach einem Jahr soll darüber berichtet werden, ob das Ziel gleichbleibender Kosten erreicht wurde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen**6.3.1 1. Änderungsverordnung zur 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2013 vom 20.09.2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen 0877/2013****Beschluss:**

Der Rat beschließt gemäß § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 LÖG NRW den Erlass der als Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtteil Severinsviertel.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

16.1 Kommunalaufsichtliche Beanstandung/Ratsbeschluss 14.09.2010 " Verzicht auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen (Südlicher Abschnitt Severinstraße)" 0454/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0289/2013

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0372/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0377/2013

und

16.2 228. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 3766/2012

behandelt.

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen 0873/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die in der beiliegenden Anlage 1 aufgeführten Änderungen der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2012 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2012 0829/2013

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 08.12.2012 bis 05.03.2013 für das Haushaltsjahr 2012 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2012 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Alle folgenden Mehraufwendungen wirken sich in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. 15.000,00 EUR in Teilplan 0405 in Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)
Deckung:
Wenigeraufwendungen i. H. v. 10.000,00 EUR in Teilplan 1501 in Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen) sowie Wenigeraufwendungen i. H. v. 5.000,00 EUR in Teilplan 0111 in Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)
2. 10.000,00 EUR in Teilplan 0414 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)
Deckung:
Wenigeraufwendungen i. H. v. 10.000,00 EUR in Teilplan 0504 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)
3. 600,00 EUR in Teilplan 0414 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)
Deckung:
Wenigeraufwendungen i. H. v. 600,00 EUR in Teilplan 0504 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

4. 10.000,00 EUR in Teilplan 0410 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)
Deckung:
Wenigeraufwendungen i. H. v. 10.000,00 EUR in Teilplan 0504 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)
5. 18.084,66 EUR in Teilplan 0209 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)
Deckung:
Mehrertrag i. H. v. 18.084,66 EUR in Teilplan 0209 in Zeile 4 (öffentlich rechtliche Leistungsentgelte)

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2012 hinausgehende (überplanmäßige) Auszahlungen für Investitionen

1. 27.400,00 EUR in Teilplan 0501 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen); Finanzstelle 0000-0501-0-0001
Deckung:
Wenigerauszahlungen i. H. v. 27.400,00 EUR in Teilplan 0507 in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012 bei der Finanzstelle 0000-1202-0-0001, Beschaffung beweglichen Anlagevermögens. 2501/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 4).

10.2 Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Köln, Löschgruppe Dellbrück, mit angeschlossener Rettungswache am Standort Urnenstraße 7. hier: Baubeschluss 3825/2012

Beschluss:

1. Der Rat genehmigt die Prüfung der Kostenberechnung (Anlage) zum Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Köln, Löschgruppe Dellbrück, mit angeschlossener Rettungswache am Standort Urnenstraße 7 mit Gesamtkosten von

2.700.000 € und beauftragt die Verwaltung im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 GO mit der Submission und der Baudurchführung.

2. Der Rat beschließt die erste Freigabe der zur Baudurchführung notwendigen Mittel in Höhe von 2.000.000 € im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Zeile 8 Auszahlungen für Baumaßnahmen bzw. Finanzstelle 3701-0212-9-5540 „Neubau Gerätehaus Dellbrück“ und 300.000 € bei Finanzstelle 3701-0212-9-5530 „Neubau Rettungswache Dellbrück“, Haushaltsjahr 2013.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

**10.3 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Externe Bauwerksprüfung der unterirdischen Stadtbahnanlage und Hochbahn
nach DIN 1076
4573/2012**

Beschluss:

Der Rat stellt den Bedarf zur externen Bauwerksprüfung der unterirdischen Stadtbahnanlage und Hochbahn nach DIN 1076 fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung dieser Maßnahme.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten belaufen sich auf rd. 1.309.000,00 EURO. Die Mittel sind im Hpl.-Entwurf 2013/2014 einschl. Finanzplanung bis 2016 berücksichtigt.

Die Bedingungen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO sind erfüllt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz
0419/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt,

- Frau Dr. Sabine Langhans für die Zahnärztekammer Nordrhein
- Herrn Dr. Mathias Sommer für die Kassenzahnärztliche Vereinigung Nordrhein
- Herrn Dr. Martin Theisohn für die Seniorenvertretung
- Herrn Michael Wenninghoff für die Gesetzliche Krankenversicherung
- Herrn Dr. Jürgen Zastrow für die Kassenzahnärztliche Vereinigung Nordrhein

zu Mitgliedern der Kommunalen Gesundheitskonferenz zu berufen und

- Herrn Dr. Fritz Schmitz für die Zahnärztekammer Nordrhein
- Herrn Dr. Bernd-Michael Vogeler für die Kassenzahnärztliche Vereinigung Nordrhein
- Frau Felicitas Vorpahl-Allweins für die Seniorenvertretung

zu stellvertretenden Mitgliedern der Kommunalen Gesundheitskonferenz zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.5 Wirtschaftsplan 2013 für die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
0459/2013**

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 I b) der Betriebssatzung der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) den Wirtschaftsplan der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 50,0 Mio. € in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Hoffmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

**10.6 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2011 - 31.12.2011 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln
0399/2013**

Beschluss:

1. Der Rat stellt gemäß § 5 Abs. 1 c) der Betriebssatzung der Stadt Köln für das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud in Verbindung mit § 26 Abs. 2 EigVO NRW den mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 23.11.2012 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dipl.-Kfm. Hans M. Klein + Partner, Köln, versehenen Jahresabschluss zum 31.12.2011 sowie den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 01.01.2011 bis 31.12.2011 fest.
2. Der Fehlbetrag des Wirtschaftsjahres vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2011 in Höhe von EUR 309.861,93 wird mit dem Gewinnvortrag in Höhe von EUR 239.566,07 verrechnet.

3. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.
4. Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.7 Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/Messe hier: Planungsbeschluss für die Erneuerung der Fliesen 0637/2012

Beschluss in der Fassung der Empfehlung des Verkehrsausschusses aus seiner Sitzung am 05.03.2013:

Die Verwaltung wird beauftragt

- Maßnahmen zur Sicherung der vorhandenen bzw. abzunehmenden Fliesen zu prüfen,
- Sofortmaßnahmen zur Beseitigung der vorhandenen Fehlstellen vorzunehmen,
- einen Wettbewerb in Form eines Werkstattverfahrens mit drei teilnehmenden Büros durchzuführen, in dem ein Gesamtkonzept inklusive Kostenplanung für die künftige Gestaltung sowohl der Verteilerebene als auch des Fußgängertunnels zur Messe erarbeitet wird. Die Details zur Durchführung des Wettbewerbs sind in einer der nächsten Sitzungen des Verkehrsausschusses vorzustellen. Die Ergebnisse des Wettbewerbs sollen möglichst noch in 2013 zur abschließenden Entscheidung vorgelegt werden.
- Als mögliche Alternative soll im Zuge der weiteren Planungen auch der Erhalt des vorhandenen Fliesenspiegels bewertet werden.

Für die Vorbereitung und Durchführung des Wettbewerbes werden vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2013 / 2014 Mittel in Höhe von 30.000 Euro bereitgestellt. Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, - in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Hj. 2013 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.8 Grüngürtel: Impuls 2012 4300/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 4).

**10.9 Personalgestellung für die Überwachung Tunnel Grenzstraße in der provisorischen Tunnelleitstelle
0549/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt den Bedarf für die Beauftragung des erforderlichen Überwachungspersonals für die Dauer des Betriebes der provisorischen Tunnelleitstelle am Tunnel Grenzstraße fest.

Bis zur Umsetzung organisatorischer und personeller Maßnahmen in Verbindung mit dem Betrieb der dauerhaft einzurichtenden Tunnelleitstelle gemäß den Richtlinien für die Ausstattung und den Betrieb von Straßentunneln (RABT 2006) ist die Besetzung der provisorischen Tunnelleitstelle am Tunnel Grenzstraße durch die Beauftragung externer Sicherheits- und Wachdienste sicherzustellen.

Der voraussichtliche Aufwand beträgt 440.000 Euro jährlich. Die Mittel sind im Haushaltsplanentwurf 2013/2014 im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, - Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen veranschlagt.

Die Voraussetzungen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 GO NRW sind erfüllt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

**10.10 AWB GmbH & Co. KG / Übernahme einer Ausfallbürgschaft durch die Stadt Köln
0626/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln ist damit einverstanden, dass die Stadt Köln zugunsten der AWB GmbH & Co. KG eine modifizierte Ausfallbürgschaft für ein Darlehen bis zur Höhe von 6,720 Mio. Euro übernimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

**10.11 Abriss und Neubau einer Grundschule, Fühlinger Weg 7, 50765 Köln-Volkhoven/Weiler
Baubeschluss
2967/2012**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 4).

**10.12 Sanierung und Umfeldgestaltung des VHS-Studienhauses am Neumarkt, Josef-Haubrich-Hof 2, 50676 Köln
Baubeschluss
0455/2013**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0384/2013**

Beschluss in der Fassung des Änderungsantrages der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Rat genehmigt vorbehaltlich des Inkrafttretens des Wirtschafts- und Erfolgsplanes 2013 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln den Entwurf und die Kostenberechnung zur Modernisierung und Erweiterung des Gebäudes der Volkshochschule, Josef-Haubrich-Hof 2, mit Gesamtbaukosten in Höhe von 8.417.800 € und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Einleitung eines Vergabeverfahrens zur Ausführung der Baumaßnahme durch einen Generalunternehmer.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt aus dem Wirtschafts- und Erfolgsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Mietmehrkosten von rd. 426.000 € p.a. sind ab dem Hj. 2015 im Teilergebnisplan 0414, Volkshochschule, zusätzlich zu veranschlagen.

Mit der Neufassung der Beschlussvorlage zur Sanierung und Umfeldgestaltung des VHS-Studienhauses am Neumarkt teilt die Verwaltung mit, dass der Ausbau der bislang für die Nutzung durch das Haus der Architektur Köln (hdak) vorgesehene Bereich mangels Finanzierungszusage nicht Gegenstand der Beschlussvorlage sei.

Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich einen Vorschlag zu unterbreiten, wie dieser Raum einer rentierlichen Nutzung zugeführt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Beigeordneter Höing erklärt, dass er den Antrag so interpretiere, dass die Verwaltung den Auftrag erhalte, die Arkaden zu schließen.

**10.13 Betreuung und Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der offenen Ganztagsgrundschule Am Rosenmaar
4312/2012**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, die kommunale Zusatzförderung für die Betreuung und Förderung von Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der offenen Ganztagssschule GGS Am Rosenmaar ab dem Schuljahr 2013/2014 von derzeit 2.650 Eu-

ro auf 4.460 Euro je Schüler/in mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu erhöhen. Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 66.970 Euro im Haushaltsjahr 2013 und 133.940 Euro ab dem Haushaltsjahr 2014 werden aus den im Teilplan 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltsplanentwurf 2013/2014 veranschlagten Mitteln finanziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.14 Besetzung des Unterausschusses Ganztag
0355/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass künftig als sachkundige/r Einwohner/in auch ein Vertreter/ eine Vertreterin der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik im Unterausschuss Ganztag vertreten sein soll. Als Vertreterin wird Frau Stephanie Stangier benannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**10.15 Übernahme von Ausfallbürgschaften zugunsten der Kölner Sportstätten GmbH
0435/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln ist damit einverstanden, dass die Stadt Köln zugunsten der Kölner Sportstätten GmbH modifizierte Ausfallbürgschaften für Darlehen in Höhe von bis zu 687.500 € für die Finanzierung diverser im Investitionsplan 2013 aufgeführter Maßnahmen am Rhein-EnergieStadion sowie auf den Sportanlagen Höhenberg und Südstadion übernimmt. Bei der Aufnahme der Darlehen sind die jeweils am Kapitalmarkt günstigsten Konditionen zugrunde zu legen. Auf die Erhebung eines Bürgschaftsentgeltes wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

**10.16 Neuabschluss eines Wegenutzungsvertrags Gas (Gas-Konzessionsvertrag) mit der GVG Rhein-Erft
0388/2013**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 4).

**10.17 Werbung im öffentlichen Raum
hier: Öffentliche Aussprache im Zusammenhang mit dem Abschluss des Werbenutzungsvertrages**

Soweit die Angelegenheit nicht vertraulich zu behandeln ist, findet eine Aussprache im öffentlichen Teil der Sitzung statt. Die Verhandlung und Abstimmung der Vorlage wird darüber hinaus im nichtöffentlichen Teil der Sitzung unter dem Punkt 24.6 fortgesetzt.

Anmerkung:

Die Angelegenheit wurde tatsächlich unter dem Punkt 10.0 behandelt. Sie wird wegen Zuordnungsproblemen allerdings unter dem neuen Punkt 10.17 in der Tagesordnung dargestellt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

**11.1 190. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Porz
Arbeitstitel: Schulstandort an der Berliner Straße in Köln-Porz-Westhoven
hier: Feststellungsbeschluss
0475/2013**

Beschluss:

Der Rat

1. stellt fest, dass gegen die 190. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) von den Trägern öffentlicher Belange sowie Bürgern keine Anregungen vorgebracht wurden;
2. stellt die 190. Änderung des FNP —Arbeitstitel: Schulstandort an der Berliner Straße in Köln-Porz-Westhoven— mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch als Anlage beigefügten Begründung fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 58480/03

**Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (neu) in Köln-Widdersdorf, 3. Änderung "Erste Planungsstufe"
0493/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zur vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes 58480/03 eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;
2. die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 58480/03 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet mit den insgesamt 22 unterschiedlichen Änderungsbereichen beziehungsweise Nummern im Gesamtbereich der ersten Planungsstufe von Widdersdorf Süd (neu) in Köln-Widdersdorf –Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (neu) in Köln-Widdersdorf, 3. Änderung "Erste Planungsstufe"– nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) –jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung– als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**12.2 Beschluss über die Aufstellung und Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7248/02
Arbeitstitel: Bergisch Gladbacher Straße/Steyley Straße in Köln-Holweide
4576/2012**

Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. den Geltungsbereich des Aufstellungsbeschlusses vom 28.01.2010 betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 7248/02 gemäß Anlage 1 auf das Gebiet beiderseits der Bergisch Gladbacher Straße von Honschaftsstraße und Zwickauer Straße, einschließlich des Baugebietes um die Steyley Straße, bis auf der südlichen Seite der Bergisch Gladbacher Straße Hausnummer 440 a und auf der nördlichen Seite der Bergisch Gladbacher Straße bis zur Hausnummer 501 in Köln-Holweide —Arbeitstitel: Bergisch Gladbacher Straße/Steyley Straße in Köln-Holweide— zu ändern;
2. den Bebauungsplan 7248/02 für das Gebiet beiderseits der Bergisch Gladbacher Straße von Honschaftsstraße und Zwickauer Straße, einschließlich des Baugebietes um die Steyley Straße, bis auf der südlichen Seite der Bergisch Gladbacher Straße Hausnummer 440 a und auf der nördlichen Seite der Bergisch Gladbacher Straße bis zur Hausnummer 501 in Köln-Holweide —Arbeitstitel: Bergisch Gladbacher Straße/Steyley Straße in Köln-Holweide— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeinde-

ordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der FDP-Fraktion - zugestimmt.

**12.3 Beschluss über die Aufstellung und Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7047/02
Arbeitstitel: Bezirkszentrum Wiener Platz/Frankfurter Straße in Köln-Mülheim
4594/2012**

Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. den Geltungsbereich des Aufstellungsbeschlusses vom 09.12.2010 betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 7047/02 gemäß Anlage 2 auf das Gebiet zwischen der Bahnunterführung am Mülheimer Bahnhof einschließlich Teile zwischen dem Gleisgebiet, beiderseits der Frankfurter Straße bis einschließlich Wiener Platz mit Stadthalle sowie die Grundstücke beiderseits der Genovevastraße in Köln-Mülheim —Arbeitstitel: Bezirkszentrum Wiener Platz/Frankfurter Straße in Köln-Mülheim— zu ändern;
2. den Bebauungsplan 7047/02 für das Gebiet zwischen der Bahnunterführung am Mülheimer Bahnhof einschließlich Teile zwischen dem Gleisgebiet, beiderseits der Frankfurter Straße bis einschließlich Wiener Platz mit Stadthalle sowie die Grundstücke beiderseits der Genovevastraße in Köln-Mülheim —Arbeitstitel: Bezirkszentrum Wiener Platz/Frankfurter Straße in Köln-Mülheim— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der FDP-Fraktion - zugestimmt.

**12.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 72377/03
Arbeitstitel: Heidelweg in Köln-Sürth
0314/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 72377/03 für das Gebiet Flurstücke Nummern 8, 24, 25 teilweise, 26, 47, 48, 49, 50, 309, Flur 81, sowie Nummer 188 teilweise (Heidelweg), Flur 29, jeweils Gemarkung Rondorf, —Arbeitstitel: Heidelweg in Köln-Sürth— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;
2. den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 72377/03 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion pro Köln - zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

13.1 Aufhebung des Durchführungsplanes 70482/02 (7048 Sc 4/02) - Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: Adamsstraße in Köln-Mülheim 0339/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufhebung des Durchführungsplanes 70482/02 (7048 Sc 4/02) für das Gebiet zwischen der Buchheimer Straße, der Regentenstraße, der Seidenstraße und der Adamsstraße in Köln-Mülheim —Arbeitstitel: Adamsstraße in Köln-Mülheim— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) — jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Tempel nimmt an der Abstimmung nicht teil.

13.2 Aufhebung des Bebauungsplanes 70481/03 (7048 Sc 3/03)
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Regentenstraße in Köln-Mülheim
0351/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufhebung des Bebauungsplanes 70481/03 (7048 Sc 3/03) für das Gebiet zwischen den Grundstücken Buchheimer Straße 17 bis 33 und Regentenstraße 1 bis 5 a in Köln-Mülheim —Arbeitstitel: Regentenstraße in Köln-Mülheim— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Tempel nimmt an der Abstimmung nicht teil.

13.3 Aufhebung des Durchführungsplanes 70479/07 (7046 Na/07)
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Biegerstraße in Köln-Mülheim
0354/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufhebung des Durchführungsplanes 70479/07 (7046 Na/07) für das Gebiet zwischen der Buchheimer Straße, der Straße Clevischer Ring, der Mülheimer Brücke und der Biegerstraße in Köln-Mülheim —Arbeitstitel: Biegerstraße in Köln-Mülheim— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion pro Köln.

13.4 Teilaufhebung des Bebauungsplanes 71481/04
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Mündelstraße in Köln-Mülheim
0365/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die Teilaufhebung des Bebauungsplanes 71481/04 für das Gebiet zwischen der Zehntstraße, der Holweider Straße, der Carlswerkstraße, der Bergisch Gladbacher Straße, der Westseite des Bahnhofes Köln-Mülheim, den hinteren Parzellengrenzen der Grundstücke Mündelstraße 60 bis 52, der südlichen Parzellengrenze des Grundstückes Montanusstraße 60, der Montanusstraße und der Bergisch Gladbacher Straße in Köln-Mülheim —Arbeitstitel: Mündelstraße in Köln-Mülheim— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

13.5 Teilaufhebung des Bebauungsplanes 71470/06 (7046 Nd/06) - Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: Arnsberger Straße in Köln-Buchheim 0375/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die Teilaufhebung des Bebauungsplanes 71470/06 (7046 Nd/06) für das Gebiet zwischen der Arnsberger Straße, der Vorortbahn nach Bergisch Gladbach (heutige KVB-Trasse) und der Frankfurter Straße in Köln-Buchheim —Arbeitstitel: Arnsberger Straße in Köln-Buchheim— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine zweite Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Süd, Köln-Sülz Arbeitstitel: Eifelwall in Köln-Neustadt/Süd; Köln-Sülz 0303/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine zweite Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Süd; Köln-Sülz –Arbeitstitel: Eifelwall in Köln-Neustadt/Süd; Köln-Sülz– für das Gebiet zwischen Luxemburger Straße, Eifelwall, Rudolf-Amelunxen-Straße und Hans-Carl-Nipperdey-Straße in Köln-Neustadt/Süd, Köln-Sülz in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Kommunalaufsichtliche Beanstandung/Ratsbeschluss 14.09.2010 " Verzicht auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen (Südlicher Abschnitt Severinstraße)" 0454/2013

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0289/2013**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0372/2013**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0377/2013**

Beschlüsse:

I. Verweisungsbeschluss über den mündlich vorgetragenen Änderungsantrag von Ratsmitglied Sterck:

Ratsmitglied Sterck schlägt vor, den zweiten Spiegelstrich des Änderungsantrages seiner Fraktion, der da lautet:

„Die Nord-Süd-Stadtbahn ist in ihrem südlichen Teilabschnitt zum nächst möglichen Zeitpunkt in Betrieb zu nehmen.“

als neue Punkt II Ziffer 3 in den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/die Grünen zu übernehmen.

Ratsmitglied Granitzka schlägt dagegen vor, die Angelegenheit in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen.

Der Rat beschließt daraufhin mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Hoffmann (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Ratsmitglied Zimmer-

mann (Deine Freunde) die Angelegenheit zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen.

II. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

I.

Der Rat begrüßt die Initiative der Verwaltung, der IG Severinstraße aufgrund der besonderen Belastungssituation entgegenzukommen und dem Rat die von der Interessengemeinschaft beantragte Verlegung eines verkaufsoffenen Sonntags vom 13.10.2013 auf den 27.10.2013 vorzuschlagen. Damit trägt der Rat der außerordentlichen Ausnahmesituation Rechnung, der die Geschäftsleute der Severinstraße durch die bekannten Ereignisse ausgesetzt waren und gibt für 2013 einmalig 16 Sonntage für Verkaufsstellenöffnungen frei.

Im Übrigen hält der Rat an seiner Beschlusslage zu Sonntagsöffnungen unverändert fest.

II.

Die Beschlussvorlage der Verwaltung soll darüber hinaus wie folgt ergänzt werden:

1. Das Projekt Veedelsbüro im Kartäuserhof wird im bisherigen Umfang weiter bezuschusst.

2. Die Verwaltung wird beauftragt kurzfristig zu prüfen:

a) ob und inwieweit es möglich ist, die Erschließungsbeitragssatzung, die nach dem Abgaberecht erst nach vollständiger Fertigstellung der Erschließungsmaßnahme zu erlassen ist, tatsächlich auch erst dann zu erlassen, wenn im Rahmen des Ausbaus der Severinstraße auch die U-Bahneingänge und der sie umgebende Straßenraum endgültig fertig gestellt sind.

b) ob und inwieweit den von der Beitragspflicht betroffenen Grundstückseigentümern Stundungsmöglichkeiten in Bezug auf die Gebührenzahlung eingeräumt werden können.

c) ob und inwieweit die Zufahrt zur Severinstraße zur weiteren Aufwertung des Veedels noch besser ausgeschildert werden kann und sollte

d) ob und inwieweit die Straße am Einsturzkrater in beiden Richtungen für den Verkehr freigegeben werden kann und sollte

e) ob und inwieweit die Bauzäune am Einsturzkrater mit attraktiven Transparenten, wie etwa Bilder von der Restaurierung der Archivalien, verkleidet werden können und sollten.

Über das Ergebnis der Prüfung sind die zuständigen Ausschüsse zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

III. Gesamtabstimmung

1. Der Rat nimmt die Rechtsauffassung der Kommunalaufsicht zur Kenntnis, wonach in Nordrhein-Westfalen, anders als in anderen Bundesländern, grundsätzlich aufgrund der landes-

rechtlichen Vorgaben des KAG NRW für eine Kommune kein Handlungsspielraum besteht, auch in einem außergewöhnlichen Härtefall wie dem Einsturz des Historischen Stadtarchivs am 03.03.2009 aus allgemeinen Billigkeitserwägungen auf eine Beitragserhebung ganz zu verzichten oder die Ausbaubeiträge allgemein zu erlassen.

2. Auf die auf Weisung der Kommunalaufsicht ausgesprochene Beanstandung durch den Oberbürgermeister hebt der Rat deshalb seinen Beschluss vom 14.09.2010 „Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für die Erneuerung/Umgestaltung der Severinstraße im Abschnitt von An St. Katharinen bis Kartäuserwall/Severinswall“ (Vorlage Nr. 3134/2010) auf.

3. Der Rat wird die von der Kommunalaufsicht geforderte Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Erneuerung der Severinstraße im Abschnitt von An St. Katharinen bis Kartäuserwall/Severinswall beschließen.

I.

Der Rat begrüßt die Initiative der Verwaltung, der IG Severinstraße aufgrund der besonderen Belastungssituation entgegenzukommen und dem Rat die von der Interessengemeinschaft beantragte Verlegung eines verkaufsoffenen Sonntags vom 13.10.2013 auf den 27.10.2013 vorzuschlagen. Damit trägt der Rat der außerordentlichen Ausnahmesituation Rechnung, der die Geschäftsleute der Severinstraße durch die bekannten Ereignisse ausgesetzt waren und gibt für 2013 einmalig 16 Sonntage für Verkaufsstellenöffnungen frei.

Im Übrigen hält der Rat an seiner Beschlusslage zu Sonntagsöffnungen unverändert fest.

II.

Die Beschlussvorlage der Verwaltung wird darüber hinaus wie folgt ergänzt:

1. Das Projekt Veedelsbüro im Kartäuserhof wird im bisherigen Umfang weiter bezuschusst.

2. Die Verwaltung wird beauftragt kurzfristig zu prüfen:

a) ob und inwieweit es möglich ist, die Erschließungsbeitragssatzung, die nach dem Abgaberecht erst nach vollständiger Fertigstellung der Erschließungsmaßnahme zu erlassen ist, tatsächlich auch erst dann zu erlassen, wenn im Rahmen des Ausbaus der Severinstraße auch die U-Bahneingänge und der sie umgebende Straßenraum endgültig fertig gestellt sind.

b) ob und inwieweit den von der Beitragspflicht betroffenen Grundstückseigentümern Stundungsmöglichkeiten in Bezug auf die Gebühreinzahlung eingeräumt werden können.

c) ob und inwieweit die Zufahrt zur Severinstraße zur weiteren Aufwertung des Veedels noch besser ausgeschildert werden kann und sollte

d) ob und inwieweit die Straße am Einsturzkrater in beiden Richtungen für den Verkehr freigegeben werden kann und sollte

e) ob und inwieweit die Bauzäune am Einsturzkrater mit attraktiven Transparenten, wie etwa Bilder von der Restaurierung der Archivalien, verkleidet werden können und sollten.

Über das Ergebnis der Prüfung sind die zuständigen Ausschüsse zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Dem Änderungsantrag (s. II. Beschluss), der ursprünglich von der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegt wurde, ist die CDU-Fraktion in der Beratung beigetreten. Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion hat sich demnach erledigt

**16.2 228. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3766/2012**

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 228. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

6.3.1 1. Änderungsverordnung zur 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2013 vom 20.09.2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen
0877/2013

und

16.1 Kommunalaufsichtliche Beanstandung/Ratsbeschluss 14.09.2010 " Verzicht auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen (Südlicher Abschnitt Severinstraße)"
0454/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0289/2013

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0372/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0377/2013

behandelt

16.3 230. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 4641/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 230. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

17 Wahlen

17.1 Wahl eines sachkundigen Einwohners und einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Soziales und Senioren 0309/2013

Beschluss:

Der Rat wählt Herrn Peter Krücker auf Vorschlag des Caritasverbandes für die Stadt Köln zum sachkundigen Einwohner im Ausschuss Soziales und Senioren und Frau Maria Hanisch auf Vorschlag des Caritasverbandes für die Stadt Köln zur stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss für Soziales und Senioren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17.2 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss 0407/2013

Beschluss:

Der Rat wählt als Nachfolger von Frau Anja Ritzen als ordentliches, stimmberechtigtes Mitglied

Herrn Michael van Dawen

für die „SJD Die Falken“ in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**17.3 Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohner
den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
0441/2013**

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag des Integrationsrates folgendes Mitglied als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales:

Herrn Mevlüt Ekinci (Liste KIM)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

- Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.
- Herr Ekinci tritt die Nachfolge von Frau Filiz Kalamam an

**17.4 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Benennung einer sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Kunst
und Kultur
AN/0370/2013**

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag der SPD-Fraktion Frau Astrid Freudenberger, wohnhaft in der Aachener Straße 5 in 50674 Köln als sachkundige Einwohnerin zur Entsendung in den Ausschuss Kunst und Kultur.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**17.5 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Gremienbesetzung
AN/0374/2013****Beschluss:**

In Nachfolge von Herrn Zimmermann beschließt der Rat auf Vorschlag der SPD-Fraktion, folgende Gremienumbesetzungen vorzunehmen:

1. Herr Michael Frenzel wird
als Vertreter der Stadt Köln in den Aufsichtsrat der GAG Immobilien AG entsandt sowie
als Vertreter der SPD-Fraktion im Wohnungsbauforum Köln und
als Stellvertreter der SPD-Fraktion im Logistikforum Köln benannt.
2. Frau Susana dos Santos Herrmann wird als persönliche Vertreterin für Herrn Martin Börschel in den Ältestenrat gewählt.
3. Frau Dr. Barbara Lübbecke wird als Vertreterin der Stadt Köln in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) entsandt.
4. Herr Lutz Tempel wird gemäß §§ 4 und 5 der Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches vom 07.07.1987 (GV NRW Seite 220) in der derzeit gültigen Fassung als stellvertretendes Mitglied des Umlegungsausschusses bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**17.6 Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat der GAG Immobilien AG
0936/2013****Beschluss:**

Der Rat entsendet Herrn Michael Zimmermann in den Aufsichtsrat der GAG Immobilien AG.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Hauptversammlung aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellt. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss: Beauftragung einer externen Projektsteuerung für das Bauvorhaben Archäologische Zone mit Jüdischem Museum 0709/2013

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters und eines Ratsmitgliedes:

Wir erkennen den Bedarf einer externen Projektsteuerung für das Bauvorhaben Archäologische Zone mit Jüdischem Museum an.

Auf die Erteilung des Vergabevorbehalts wird verzichtet.

Köln, den 12.03.2013

gez. Roters
Oberbürgermeister

gez. Granitzka
Ratsmitglied

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. – zugestimmt.

19 -

gez. Jürgen Roters
Oberbürgermeister

gez. Petra Kramp
Schriftführerin

gez. Elfi Scho-Antwerpes
Bürgermeisterin
(Sitzungsleitung bei den Punkten 3.1.7 bis 6.2.1 einschließlich)